

# EU-NACHRICHTEN

## KURZ & KNAPP

### Klimakonferenz

Ergebnisse von Glasgow sind „ein Zwischenschritt“

Seite 3

## IM FOKUS

### Digitale Gesellschaft

Pandemie beschleunigt den digitalen Wandel

Seite 5

### Corona-Pandemie

Aufruf zum Boostern

Seite 6



*Seit Wochen halten sich mehrere Tausend Migranten in Belarus auf, um über die Grenzen Litauens, Lettlands oder Polens in die EU zu gelangen.*

© Karolis Kavolelis / Shutterstock.com

## EUROPÄISCHE CHIP-INDUSTRIE

### Breton besucht

### Hersteller in Deutschland

Binnenmarktkommissar Thierry Breton hat den eigenständigen Anspruch der europäischen Halbleiterindustrie untermauert. „Unsere Fähigkeit, die fortschrittlichsten Halbleiter zu produzieren, wird zu unserer künftigen industriellen Führung, aber auch zu unserem geopolitischen Gewicht beitragen“, sagte Breton bei einem Besuch in Dresden, einem der wichtigsten Halbleiterstandorte in Europa.

Für kommendes Jahr hat die Kommission ein Europäisches Chip-Gesetz angekündigt, das Europas Autonomie in der Halbleiterproduktion stärken soll. „Der Chip ist das neue Getriebe“, so Breton bei einem Besuch des Autozulieferers ZF Friedrichshafen in Saarbrücken.

Halbleiterproduktion

## MIGRATION

### EU geht gegen Regime in Belarus und gegen Fluglinien vor

Wegen der unhaltbaren Situation an der Grenze zwischen der Europäischen Union und Belarus haben die Mitgliedstaaten der EU weitere Restriktionen gegen das Land verhängt. „Wir haben unsere Sanktionsregelungen ausgeweitet und nehmen ein weiteres Maßnahmenpaket gegen die Urheber dieses hybriden Angriffs des Lukaschenko-Regimes an“, erklärte Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik.

> Er kündigte zudem Sanktionen gegen Verkehrsunternehmen an. „Wir sind zu weiteren Maßnahmen gegen alle bereit, die sich an diesem Menschen-smuggel beteiligen: Fluglinien, Flughäfen und Reiseveranstalter“, sagte Borrell.

Im Grenzgebiet zwischen Belarus und den EU-Mitgliedstaaten Polen, Litauen und Lettland harren Tausende Menschen aus, die aus Drittstaaten nach Belarus kommen. Teilweise wurden sie in provisorische Notunterkünfte hinter der Grenze gebracht. „Was das Lukaschenko-Regime tut, ist Ausbeutung von Menschen, indem es deren Leid ausnutzt und indem es Gewalt provoziert und für politische Zwecke Tote in Kauf nimmt“, erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Europäischen Parlament in Straßburg und fügte hinzu: „Das ist

der Versuch eines autoritären Regimes, seine demokratischen Nachbarn zu destabilisieren. Ein Regime, das gefälschte Wahlen abgehalten hat und sein eigenes Volk gewaltsam unterdrückt. Ein Regime, das wir nicht anerkennen.“

### Schwarze Liste für Verkehrsunternehmen

Um die gestrandeten Migrantinnen und Migranten humanitär zu versorgen, mobilisierte die EU Soforthilfen von zunächst 700.000 Euro. Sie arbeitet dabei unter anderem mit Hilfsorganisationen wie dem UN-Flüchtlingswerk UNHCR zusammen. „Wir stehen ständig in Kontakt und haben sofort Finanzmittel mobilisiert, um sie vor Ort zu unterstützen“, bekräftigte von der Leyen. Die EU stellt zudem 3,5 Mio. Euro bereit, um eine freiwillige Rückkehr der Gestrandeten aus Belarus zu unterstützen. >>

“ Wenn die EU in der Migrationspolitik zusammenarbeitet, kann sie nicht nur Krisen überwinden, sondern auch planen, sie frühzeitig zu verhindern. ”

Ylva Johansson,  
EU-Innenkommissarin

## Sanktionen gegen Belarus

Nach Manipulationen bei den Präsidentschaftswahlen im August 2021 erkannte die EU das Votum in Belarus nicht an und verhängte Sanktionen.

Die EU verschärfte ihre Sanktionen, nachdem das Regime im Mai 2021 einen EU-Inlandsflug mit dem oppositionellen Journalisten Roman Protassewitsch auf dem Weg von Athen nach Vilnius in Minsk zur Landung zwang und den Blogger festsetzte. Bald darauf stieg die Zahl der Einreisen über Belarus in die EU.

In Deutschland sind nach Angaben der Bundespolizei bis 21. November 10.128 Menschen über Belarus angekommen. Allein im Oktober waren es 5.285.

>> Die Kommission erstellt darüber hinaus eine schwarze Liste für Fluglinien und Verkehrsunternehmen, die mit Belarus zusammenarbeiten. Verkehrskommissarin Adina Vălean drohte als Gegenmaßnahmen für entsprechende Fluglinien den Entzug von Start- und Landerechten in der EU oder ein Verbot von Überflugrechten über europäisches Territorium von bis zu einem Jahr an. Eine Verlängerung der Sanktionen ist möglich.

Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas hatte zuvor auf einer Tour durch mehrere Herkunft- und Transitländer wie Irak, Libanon, die Vereinigten Arabischen Emirate und die Türkei die Zusage erhalten, dass Luftfahrtunternehmen ihre Flüge ins belarussische Minsk aussetzen. „Es gibt eine humanitäre Verpflichtung, um zu verhindern, dass Menschen Opfer eines instrumentalisierten Schmuggels werden“, erklärte der Vizepräsident.

Neben Schinas waren auch Borrell und Innenkommissarin Ylva Johansson zu Gesprächen unterwegs, um geschleuste Migrationsbewegungen zu unterbinden. „Wir müssen die Instrumentalisierung irakischer Staatsangehöriger stoppen,

die von Schmugglern, die mit Belarus zusammenarbeiten, irreführt werden“, sagte Schinas in Bagdad. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson bekräftigte auf einer Reise nach Ägypten, Ziel müsse es sein, „irreguläre Fluchtbewegungen zu verringern, indem bestehende legale Wege aufgezeigt werden“.

## Mehr Mittel für Grenzmanagement

Die EU stellt den Mitgliedstaaten auch mehr Mittel für Grenzschutz und Grenzinfrastruktur zur Verfügung. So sind im mehrjährigen Haushalt für die Jahre von 2021 bis 2027 6,4 Mrd. Euro für Grenzmanagement und Visa-Politik eingeplant.

Litauen, Lettland und Polen können zusätzlich 200 Mio. für Grenzschutz erhalten. Die Mittel dürfen aber nicht zum Bau von Grenzzäunen eingesetzt werden. „Wir schlagen vor, die derzeitigen Mittel für Litauen, Lettland und Polen zu verdreifachen. Dieses Sicherheitspaket soll die drängende aktuelle Situation bewältigen und unterstreicht unsere Solidarität mit den Mitgliedstaaten an den Außengrenzen“, sagte von der Leyen.

Johansson ermunterte Polens Regierung, Mitarbeiter der EU-Grenzschutzagentur Frontex ins Grenzgebiet zu lassen. „Es gibt momentan keine Transparenz darüber, was dort an der Grenze vor sich geht“, sagte sie. (pr) >|

■ Sanktionen gegen Belarus

## EU-Unterstützung für die betroffenen Mitgliedstaaten

Seit Beginn der Krise hat die EU Lettland, Litauen und Polen im Bereich Grenzmanagement unterstützt, unter anderem mit Soforthilfe, durch die Entsendung von Experten und die Bereitstellung von Sachleistungen aus europäischen Ländern im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens



36,7 Mio. Euro als Soforthilfe für Litauen, um die Umsetzung von Asylverfahren und die Aufnahmebedingungen, darunter für schutzbedürftige Personen, in Litauen zu verbessern



111 Beamte der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEx)



82 EASO-Experten des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO)



Gastbeamte der Europäischen Strafverfolgungsbehörde Europol und weitere Spezialisten



Die Kommission koordinierte die Hilfe aus 19 Mitgliedstaaten und Norwegen in Form von Zelten, Betten, Heizgeräten, Generatoren, Bettzeug, Lebensmitteln und anderen Sachleistungen



Frontexfahrzeuge für Überwachung und Transport, Hubschrauber und ein Wärmebild-Sichtfahrzeug

- > Humanitäre Hilfe der EU in Höhe von 700.000 Euro für schutzbedürftige Flüchtlinge und Migranten, die an den Grenzen und im Hoheitsgebiet von Belarus gestrandet sind und weitere humanitäre Hilfe, sollte sich der Zugang für humanitäre Partnerorganisationen in Belarus weiter verbessern
- > Bereitstellung von zusätzlichen 200 Mio. Euro am 23. November 2021 für Grenzschutz in Lettland, Litauen und Polen
- > Weitere Unterstützung für Litauen und Polen durch Frontex bei Grenzschutz und Rückführungen

COP26

## Von der Leyen mahnt Europas Vorbildrolle an



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Beschlüsse der UN-Klimakonferenz COP26 von Glasgow als Zwischenschritt bezeichnet, um die Weltgemeinschaft auf dem Weg zum 1,5-Grad-Ziel an Bord zu halten. Die rund 200 Unterzeichnerstaaten, darunter Deutschland, trieben in Glasgow unter anderem eine Verringerung des Methan-Ausstoßes, das Aus von Urwaldrodungen bis zum Ende des Jahrzehnts sowie Klimaanpassungshilfen für einkommensschwache Länder voran. Eine Vereinbarung über das Ende der Kohleabbaus wurde nicht getroffen.

Von der Leyen bezeichnete die Beschlüsse als ein Ergebnis mit Licht und Schatten und forderte: „Wir sollten die Zusagen von Glasgow so schnell wie möglich umsetzen, um anschließend höher zu streben.“ Frans Timmermans, der für den Europäischen Grünen Deal zuständige Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, sah in dem Abkommen einen „Text, der das Ziel des Pariser Abkommens, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, aufrechterhält“. Die EU hat sich im Grünen Deal das Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu wirtschaften.

■ Bilanz COP26

ENERGIEWENDE

## EU fördert Nord-Süd-Stromtrasse

Die EU unterstützt u.a. den Ausbau der Stromtrasse von Emden in Norddeutschland nach Osterath im Rheinland. Das geht aus der fünften Liste von Projekten von gemeinsamem Interesse (Projects of Common Interest – PCI) für den grenzüberschreitenden Ausbau der Energieinfrastruktur hervor, den die EU-Kommission verabschiedet hat. Durch den Ausbau der Nord-Süd-Trasse in Deutschland werden der Transport von Windstrom von der Küste erleichtert und Schwankungseffekte in benachbarte Stromnetze in Polen oder Tschechien vermieden. Die Vorhaben „machen den Energiebinnenmarkt für alle Europäerinnen und Europäer widerstandsfähiger und tragen zu einer klimaneutralen Wirtschaft bis 2050 bei“, erklärte Energiekommissarin Kadri Simson.

Insgesamt umfasst die Liste 98 Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Stromtransport und -speicherung sowie Gas und CO<sub>2</sub>-Netze. Die Vorhaben im Zuge des Europäischen Grünen Deals durchlaufen einen schnelleren Genehmigungsprozess und kommen für eine Förderung durch den Fonds „Connection Europe“ (CEF) in Frage.

■ Energieinfrastruktur

EUROPÄISCHER GRÜNER DEAL

## EU-Kommission schlägt Einfuhrstopp für Soja und Palmöl aus Urwaldrodung vor

Um Umweltstandards weltweit durchzusetzen, geht die EU-Kommission gegen die Einfuhr von Waren aus Urwaldrodung vor. Produkte wie Palmöl, Soja, Rindfleisch, Holz, Kaffee und Kakao sowie eine Reihe von Folgeprodukten wie Schokolade, Leder oder Möbel sollen künftig nur in die EU eingeführt werden, wenn nachgewiesen ist, dass für ihre Herstellung kein Regenwald gefällt wurde – mit dem Stichtag 31. Dezember 2020. „Wenn wir von unseren Partnern eine ehrgeizigere Klima- und Umweltpolitik erwarten, sollten wir damit aufhören, unsere Umweltverschmutzung zu exportieren und die Entwaldung voranzutreiben“, sagte Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius.

Die Kommission präsentierte zugleich strengere Regeln für die Ausfuhr von Müll und einen besseren Schutz des Bodens. Abfall darf demnach nur noch in einkommensschwache Staaten ausgeführt werden, wenn das Zielland zustimmt und dort eine umweltgerechte Entsorgung gesichert ist. Ziel der neuen EU-Bodenstrategie ist es, bis 2050 dafür sorgen, dass alle Bodenökosysteme einen gesunden Zustand erreichen. „Wenige Tage nach dem UN-Klimagipfel in Glasgow zeigen diese Initiativen, dass die EU den grünen Übergang ernst nimmt“, sagte Frans Timmermans, Exekutiv-Präsident der EU-Kommission und verantwortlich für den Europäischen Grünen Deal.

■ Rodungsstopp

HANDELSSTRÖME

## Analyse der Rohstoffversorgung vorgelegt

Die EU-Kommission hat die Bedeutung einer sicheren Versorgung der europäischen Wirtschaft mit Rohstoffen betont. „Rohstoffe sind nicht mehr nur eine einfache Ware, sondern ein entscheidender Wegbereiter für den grünen und digitalen Wandel. Ihre sichere und nachhaltige Versorgung ist entscheidend für die Erhaltung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der strategisch wichtigsten Sektoren der EU“, erklärte Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič bei der Vorlage des dritten EU-Rohstoffanzeigers. Der Bericht untersucht Versorgungslage, Wettbewerbsfähigkeit sowie Handelsströme von Werkstoffen, Metallen, Holz und Industriematerialien.

Dabei setzt die Kommission auch auf eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft und betont mögliche Folgen des Klimawandels für eine sichere Rohstoffversorgung. „Wasser ist entscheidend für die Rohstoffgewinnung, was mit Blick auf den Klimawandel zunehmend wichtiger werden könnte“, heißt es in dem Bericht. Die Kommission hatte im Vorjahr erstmals einen Aktionsplan für kritische Rohstoffe vorgelegt.

■ Rohstoffe

## RECHTSSTAAT

**EuGH verwirft Regelungen in Polen und Ungarn**

© nitpicker / Shutterstock.com

Die Kommission hat beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) Klage gegen Ungarn wegen der Missachtung europäischer Asylstandards eingereicht. Der EuGH hatte im Dezember vergangenen Jahres missbilligt, dass Ungarn aus Serbien kommende Migranten ohne geltende Rückführungsverfahren über die Grenze zurückdrängt. Ungarn hatte das Urteil bisher übergangen. „Vertragsverletzungsverfahren ändern sich nur durch Taten“, mahnte Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas.

In einem weiteren Verfahren stärkte der EuGH die Unabhängigkeit der Justiz in Ungarn. Das Gericht missbilligte das Vorgehen des Obersten Gerichtshofs des Landes, der es Richtern in Ungarn erschwert hatte, dem Luxemburger Gericht einen Rechtsfall zur Prüfung vorzulegen. Der EuGH verwarf darüber hinaus ein Gesetz der ungarischen Regierung, das Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen kriminalisiert, die Menschen bei ihren Asylverfahren beraten. Ferner stoppte der Gerichtshof ein weiteres Element der Justizreform in Polen. Die Bestimmung, wonach der Justizminister des Landes in seiner Funktion als Generalstaatsanwalt Richter und Richterinnen an höhere Gerichte abordnen oder abberufen kann, sei unrechtmäßig, befand das Gericht in Luxemburg. „Wir schöpfen alle Rechtsmittel aus“, kündigte EU-Justizkommissar Didier Reynders mit Blick auf die Justizreform an.

## Rechtsprechung

## WETTBEWERB

**Neue Beihilfe-Regeln für grünen Wandel**

Die EU-Kommission richtet die Wettbewerbspolitik stärker an den Erfordernissen von Klimaschutz und Digitalisierung aus. „Es gilt, die schwierige Erholung nach der Coronavirus-Pandemie zu bewerkstelligen und die europäischen Unternehmen in die Lage zu versetzen, Krisen zu trotzen und beim ökologischen und digitalen Wandel eine Vorreiterrolle zu übernehmen“, sagte Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission und zuständig für die Wettbewerbspolitik. So wurden unter anderem neue Beihilfe-Regeln beim Breitbandausbau sowie für Initiativen der Wirtschaft beim Abbau von Kohlendioxid, der Kreislaufwirtschaft oder dem Einstieg in emissionsfreie Mobilität vereinbart.

Zugleich verlängerte die Kommission die Ausnahmeregelungen für staatliche Hilfsmaßnahmen für Unternehmen im Zuge der Pandemie bis Ende Juni kommenden Jahres. „Mehr denn je ist eine wirksame Wettbewerbspolitik erforderlich, um der europäischen Wirtschaft die nötige Flexibilität und Dynamik zu geben, damit sie die Herausforderungen, vor denen sie steht, bewältigen kann“, sagte Vestager.

## Wettbewerbspolitik für ökologischen und digitalen Wandel

## EUROPÄISCHES SEMESTER

**Gentiloni warnt vor Risiken für Aufschwung**

Die steigenden Infektionszahlen könnten die wirtschaftliche Erholung in Europa gefährden. Von einem „starken Aufschwung und hohen Unsicherheiten“ sprach EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni bei der Vorstellung des Herbstberichts im Rahmen des Europäischen Semesters. Als wirtschaftliche Risiken nannte er neben steigenden Corona-Infektionszahlen eine hohe Inflation, stark steigende Hauspreise sowie anhaltende Lieferkettenprobleme.

Die Kommission legt im Zuge der Haushaltskontrolle der Mitgliedstaaten jeweils im Herbst eine jährliche Reformagenda vor. In diesem Jahr ist der Bericht erstmals in die Aufbau- und Resilienzfazilität integriert, Herzstück des Aufbauplans NextGenerationEU. „Beim Übergang von der Krisenbewältigung hin zu wachstumsfreundlichen Investitionen für die Zukunft geht es jetzt vor allem darum, die richtigen Reformen und Investitionen zu tätigen, damit Europa eine integrative, dauerhafte und nachhaltige Erholung herbeiführen kann“, sagte Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission.

## Wachstumsbericht

## IMPRESSUM

© Europäische Union, 2021

**Herausgeber:****Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**Leitung: Jörg Wojahn  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**

Bertha-von-Suttner-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**Claudia Guske, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski**Herstellung:**Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



## DIGITALE GESELLSCHAFT

# Pandemie beschleunigt den digitalen Wandel

Die Pandemie hat die Digitalisierung in Europa vorangetrieben. Das geht aus dem aktuellen Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2021 (DESI) hervor. „Die Botschaft des diesjährigen DESI ist positiv: Alle EU-Länder haben Fortschritte bei der Digitalisierung und Wettbewerbsfähigkeit gemacht, aber es gibt keinen Grund, sich zurückzulehnen“, sagte Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für das Ressort „Ein Europa für das digitale Zeitalter“.

> Die EU-Kommission hatte das Jahrzehnt bis 2030 zur digitalen Dekade ausgerufen. Ziel ist es unter anderem, den Breitbandausbau zu fördern, die Digitalisierung von Unternehmen und Behörden voranzutreiben sowie die digitalen Kompetenzen der Bevölkerung zu stärken. „Wir haben uns für 2030 wichtige Ziele gesetzt, jetzt müssen wir sie auch erreichen“, sagte Binnenmarktkommissar Thierry Breton.

## Deutschland liegt im Mittelfeld

Der jährlich veröffentlichte DESI-Index ermittelt die Fortschritte der EU-Mitgliedstaaten auf dem Weg zu einer digitalen Wirtschaft und Gesellschaft. In die Erhebung flossen überwiegend Ergebnisse aus den ersten beiden Quartalen des vergangenen Jahres ein. Unter den 27 Mitgliedstaaten landet Deutschland auf Rang 11. Die Ergebnisse der vier Kategorien im Einzelnen:

- > **Digitale Kompetenzen:** Hier liegt Deutschland im EU-Vergleich auf Platz 7. So verfügen hierzulande 70 Prozent der Bevölkerung über mindestens grundlegende digitale Kompetenzen, im EU-Durchschnitt sind es rund 56 Prozent. Deutschland schneidet in fast allen Teilbereichen überdurchschnittlich ab, doch herrscht ein Mangel an Fachkräften für Informations- und Kommunikationstechnik (IKT), vor allem der Frauenanteil ist hier gering. So liegt der Anteil weiblicher IKT-Fachkräfte in Deutschland bei 18 Prozent, 1 Prozentpunkt unter dem EU-Durchschnitt.
- > **Breitbandausbau:** Hier erzielt Deutschland große Fortschritte und liegt EU-weit auf Platz 6. So sind schnelle Internetverbindungen in 56 Prozent aller Haushalte verfügbar, ein Zuwachs von 23 Punkten im Vergleich zum Vorjahr. Vor allem im ländlichen Raum lässt der Breitbandausbau aber noch zu wünschen übrig. EU-weit verfügen 59 Prozent der Haushalte über schnelle Netzanschlüsse. Das sind 9 Prozentpunkte mehr als im



© Shutterstock

Jahr zuvor. Ziel ist eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet bis 2030.

- > **Integration digitaler Technik:** Insgesamt erreicht Deutschland beim Digitalisierungsgrad seiner Unternehmen unter den Mitgliedstaaten den 18. Rang. Lediglich 29 Prozent der Firmen tauschen hierzulande Informationen auf elektronischem Wege aus, das sind 6 Punkte weniger als durchschnittlich in der EU. Nur 18 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) erstellen digitale Rechnungen, 14 Prozentpunkte unter dem EU-Mittelwert. Der Einsatz der Cloud-Technik stieg hierzulande kräftig an von 12 Prozent im Jahr 2018 auf 20 Prozent im Jahr 2020. Das liegt aber unter dem EU-Durchschnitt von 26 Prozent.

- > **Digitale Umbau von Unternehmen und Verwaltung:** Hier erreicht Deutschland EU-weit Platz 16. Vor allem in der Wirtschaft nahm die Digitalisierung kräftig zu, die öffentliche Verwaltung hat weiter Nachholbedarf. Hier erreicht Deutschland einen Digitalisierungswert von 42 gegenüber 63 im EU-Mittel. Allerdings gibt es auch Ausnahmen. So lobte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Juni bei der Freigabe der Mittel des Corona-Aufbauplans NextGenerationEU für Deutschland die vorbildliche Digitalisierung des Gesundheitsamtes in Köln.

Von den Mitteln aus dem Corona-Aufbaufonds sind insgesamt 20 Prozent für Digitalisierung vorgesehen, die auch zu mehr Nachhaltigkeit beiträgt. So ergab eine Untersuchung im Rahmen des jährlichen DESI-Berichts, dass 66 Prozent der Unternehmen digitale Lösungen nutzen, um ihre Klimabilanz zu verbessern. (pr) >

■ Index zur Digitalisierung

*Bis 2030 soll die Zahl der IKT-Fachkräfte in der EU auf mindestens 20 Millionen steigen.*

## Teilhabe von Frauen am digitalen Wandel

Die EU-Kommission veröffentlichte auch den „Fortschrittsanzeiger für Frauen im Digitalen“. Der Bericht zeigt: Bei den digitalen Fachkompetenzen besteht weiter ein erhebliches geschlechtsspezifisches Gefälle. Nur 19 Prozent der IKT-Fachkräfte und nur etwa ein Drittel der Absolventen der Fächer Naturwissenschaften, Technik, Ingenieurwesen und Mathematik sind weiblich.

85 Prozent der Frauen nutzten im Jahr 2020 regelmäßig das Internet, gegenüber 87 Prozent der Männer. 54 Prozent der Frauen haben mindestens grundlegende digitale Fähigkeiten (58 Prozent der Männer). In Finnland, Schweden, Dänemark, Estland und den Niederlanden ist die Teilhabe von Frauen an der digitalen Welt besonders hoch, Deutschland landet im Mittelfeld auf Platz 11.

## PANDEMIE

## Von der Leyen ruft zum **Boostern** auf

Angesichts steigender Corona-Infektionszahlen in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Auffrischungsimpfung aufgerufen. „Wir brauchen Booster für diejenigen, die bereits geimpft sind. Wir haben das Glück, in Europa über genug Impfstoffe zu verfügen“, erklärte von der Leyen im Europäischen Parlament.



© Shutterstock

*Sowohl die Europäische Arzneimittel-Agentur als auch die Ständige Impfkommission haben sich für Booster-Impfungen ausgesprochen.*

> „Wir sind mitten in einer neuen Welle“, hatte EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides zuvor im Plenum erklärt und festgestellt: „Wir erleben derzeit vor allem eine Pandemie der Ungeimpften.“

### Impflücke schließen

In der Europäischen Union sind – Stand 24. November – rund 76,8 Prozent der über 18-Jährigen vollständig geimpft, in Deutschland liegt die Quote bei 81,4 Prozent. Mit Blick auf die unterschiedlichen Impfquoten in den EU-Staaten mahnte von der Leyen an, Impflücken zu schließen. „In manchen Mitgliedstaaten sind nur 29 Prozent der Erwachsenen voll geimpft und in anderen mehr als 92 Prozent. Deshalb ist und bleibt es unsere oberste Priorität, die Impfungen voranzutreiben“, bekräftigte die Präsidentin. „Impfen wirkt – auch gegen die Delta-Variante“, betonte Kyriakides.

Ohne entscheidende Gegenmaßnahmen werde der Höhepunkt der jüngsten Welle „erst im Dezember und Januar erreicht“, warnte auch Andrea Ammon, Direktorin des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC). Um gegenzusteuern, brauche es sofortige nicht-pharmazeutische Maßnahmen wie Maskenpflicht oder Abstandsregeln sowie ein Schließen der Impflücke und schnellere Auffri-

schungsimpfungen. Die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA hatte sich bereits im vergangenen Monat grundsätzlich für Auffrischungsimpfungen ausgesprochen, in Deutschland hatte die Ständige Impfkommission (Stiko) Booster-Impfungen empfohlen.

### EMA gibt Impfungen für Kinder frei

Nach einer Entscheidung der EMA über die Freigabe des Impfstoffes der beiden Partner BioNTech-Pfizer für Kinder im Alter von fünf bis elf Jahren können auch in der EU die Impfungen für Kinder zeitnah starten. Für Erwachsene und Kinder ab 12 Jahren ist das Mittel bereits zugelassen.

Zuvor hatte die EMA den Einsatz zweier COVID-19-Therapeutika gebilligt: Ronapreve und Regkirona. Beide Medikamente werden in frühen Stadien der Infektion eingesetzt und beruhen auf antiviralen monoklonalen Antikörpern. „Angesichts der Zunahme der COVID-19-Infektionen in fast allen Mitgliedstaaten ist es beruhigend zu sehen, wie viele aussichtsreiche Arzneimittel als Teil unserer Strategie für COVID-19-Therapeutika entwickelt werden“, so Kyriakides.

Bis Ende des Jahres soll die Zulassung von bis zu fünf weiteren Corona-Therapeutika folgen. Das US-Unternehmen Novavax beantragte zudem bei der EMA die Zulassung seines Corona-Impfstoffs, der anders als die bisherigen Vakzine nicht auf der mRNA beruht, sondern über Kopien des abgetöteten Spike-Proteins des Virus gewonnen wird.

Team Europa, bestehend aus der EU, ihren Institutionen und 27 Mitgliedstaaten, sagte zudem die Spende von 99,6 Millionen Dosen des Impfstoffs von Johnson & Johnson an einkommensschwache Länder wie Niger zu. „Die fast 100 Millionen Dosen sind Teil unserer Zusage, den am stärksten gefährdeten Ländern in den kommenden Monaten mindestens 500 Millionen Impfdosen zur Verfügung zu stellen“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Die EU zählt weltweit zu den größten Impfspendern. Die Mitgliedstaaten stellen bis Ende des Jahres 300 Millionen Impfdosen bereit, die Kommission sagte bis Mitte 2022 weitere 200 Millionen Dosen zu. (pr) >|

■ *Infektionslage*

## Update für COVID-Zertifikat

Die EU-Kommission schlägt vor, das digitale COVID-Zertifikat an die Booster-Strategie anzupassen. Mit Blick auf schwindenden Impfschutz ist der digitale Corona-Pass für vollständig Geimpfte auf neun Monate befristet. Die Befristung entfällt nach einer Auffrischungsimpfung. Für alle Reisende mit gültigem COVID-Zertifikat sollen bei Reisen innerhalb der EU keine weiteren Auflagen wie Tests oder Quarantäne gelten. Die Regeln sollen ab 10. Januar 2022 greifen.

Das COVID-Zertifikat war im Juli 2021 auf Initiative der Kommission eingeführt worden. An seiner Entwicklung waren auch deutsche Unternehmen wie SAP und T-Systems beteiligt.

FAIRE WAHLEN

# Kommission will mehr **Transparenz** bei **politischer Werbung**

Die EU-Kommission dringt auf strengere Bestimmungen für politische Werbung. „Versuche, Wahlen oder das Wählerverhalten zu beeinflussen, müssen strengeren Regeln unterworfen werden, die auch sinnvolle Transparenz garantieren“, sagte Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission. „Wahlen dürfen nicht zum Wettbewerb schmutziger Methoden verkommen“, erklärte Jourová weiter. Sie verwies vor Journalistinnen und Journalisten auf eine Eurobarometer-Umfrage: Demnach erklärten vier von zehn Europäern, dass bei bestimmten Online-Inhalten unklar sei, ob es sich um eine politische Anzeige handle oder nicht. „Die Menschen müssen wissen, warum sie eine Wahlwerbung bekommen, wer dafür bezahlt hat und welche Daten benutzt wurden, um ausgewählte Personen mit der Wahlwerbung zu adressieren“, sagte Jourová.

> Um die Integrität von Wahlen sicherstellen, schlägt die Kommission eine Reihe von Regelungen für politische Werbung vor. Dazu gehören unter anderem:

- > **Transparenz:** Politische Werbung muss künftig als solche gekennzeichnet sein. Zudem dringt die Kommission darauf, dass Auftraggeber einer Anzeige genannt und Finanzierungsquellen offengelegt werden.
- > **Microtargeting:** Das Unternehmen Cambridge Analytica hatte durch die Analyse des Internetverhaltens von Nutzerinnen und Nutzern gezielt Wahlwerbung lanciert und dadurch in Wahlen eingegriffen, etwa in den USA. Die Kommission will Ähnliches künftig in der EU verhindern und Techniken für das Targeting von politischer Werbung, bei denen personenbezogene Daten erfasst werden, stoppen. Es sei denn, die Userin oder der User stimmt dem ausdrücklich zu. „Neue Technologien sollen der Emanzipation und nicht der Manipulation dienen“, stellte Jourová klar.
- > **Einhaltung:** Die Datenschutzbehörden der Mitgliedstaaten sollen sicherstellen, dass die Regelungen eingehalten werden. Bei Verstoß gegen die Vorgaben drohen empfindliche Strafen.

„Unser Ziel ist es, Regeln in die Welt der politischen Werbung zu bringen – besonders im Internet“, betonte Jourová. Sie legte auch Vorschläge für neue Bestimmungen zur Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen vor. Darüber hinaus



dringt die Kommission darauf, die Beteiligung von EU-Bürgerinnen und Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat leben, an Kommunalwahlen sowie den Wahlen zum Europäischen Parlament zu verbessern. Sie sollen künftig frühzeitig über ihr Wahlrecht am neuen Wohnort informiert werden. Die Vorschläge sollen schon zur nächsten Europawahl 2024 greifen.

*Im Zeitalter des digitalen Wandels müssen die Menschen leicht erkennen können, ob sie bezahlte politische Inhalte sehen – sowohl im Internet als auch auf Papier.*

“ Wir müssen unsere Demokratie schützen. ”

## Weitere Unternehmen unterzeichnen Kodex

Die EU-Kommission hatte zuvor 16 weitere Social-Media-Unternehmen und Organisationen für eine freiwillige Selbstverpflichtung gegen Falschinformationen im Netz gewinnen können. „Der einzige Weg, Desinformation zu bekämpfen, ist die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft, den Unternehmen und den Regulierungsbehörden“, erklärte Jourová. Zu den Unternehmen gehören unter anderem Twitch, Adobe und Newsback.

Der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation war im Jahr 2018 im Zuge der bevorstehenden Europawahlen auf Initiative der EU-Kommission erarbeitet worden, um gegen Fehlinformationen im Netz vorzugehen. Ihm gehören unter anderem Unternehmen wie Facebook und Twitter an. Der Kodex ist der weltweit erste Rahmen, in dem Verpflichtungen der Plattformen und der Branche bei der Bekämpfung von Desinformation festgelegt sind. (pr) >|

Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission

## SCHUMAN-PRAKTIKUM

**Das Europäische Parlament vor Ort erleben**

Wer sein Wissen über die Arbeit der EU-Organe erweitern und Einblick ins Europäische Parlament erhalten möchte, kann sich jetzt wieder für ein fünfmonatiges Schuman-Praktikum im Generalsekretariat des Europäischen Parlaments bewerben. Noch bis zum 30. November ist die Bewerbung für den Praktikumszeitraum 1. März bis 31. Juli möglich. Die Schuman-Praktika werden vergütet und können an einem der offiziellen Arbeitsorte des Europäischen Parlaments – Brüssel, Luxemburg oder Straßburg – oder in den Verbindungsbüros in den Mitgliedstaaten absolviert werden. Schuman-Praktika werden in den verschiedensten Bereichen angeboten, etwa interne und externe Politikbereiche der EU, Finanzen, Recht, Mehrsprachigkeit, Verwaltung, Infrastruktur und Logistik, Kommunikation und IT.



▮ *Praktikum beim EU-Parlament*

## JAHRESKONGRESS BERUFLICHE BILDUNG

**Hybrid lernen und ausbilden**

Unter dem Titel „Grenzen überwinden – hybrid lernen und ausbilden“ findet am 6. und 7. Dezember der Jahreskongress „Berufliche Bildung“ als Online-Event statt. In Vorträgen, Workshops und Diskussionsrunden wird u.a. über hybride Unterrichtsformen, digitalen Medieneinsatz, Auslandsaufenthalte oder die Kompetenzentwicklung für Künstliche Intelligenz informiert. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich mit anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auszutauschen und an virtuellen Exkursionen zu Ausbildungszentren und Lernumgebungen ausgewählter Schulen und Betriebe teilzunehmen. Die Teilnahme am Jahreskongress Berufliche Bildung ist kostenfrei.



▮ *Jahreskongress Berufliche Bildung*

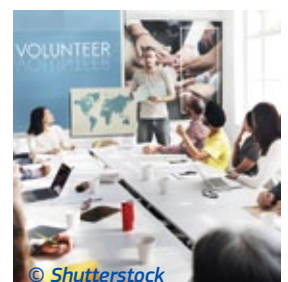
## JUGENDKONFERENZ

**Engagierte Jugendliche kommen zu Wort**

Das Kollektiv für ein freiwilliges europäisches Jahr organisiert mit der Unterstützung des Deutsch-Französischen Jugendwerks, der Landesvertretung des Saarlandes, der Vertretung der Europäischen Kommission, des französischen Kulturzentrums in Berlin sowie des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge vom 7. bis 10. Dezember eine Jugendkonferenz unter dem Titel „Eine Jugend von heute für die Zukunft Europas“. Ziel der Veranstaltung ist es, Stimmen von engagierten Jugendlichen, die aktuell in Europa einen Freiwilligendienst, ein Freiwilliges Soziales Jahr oder Freiwilligendienst im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps absolvieren, zu Wort kommen zu lassen.

Am Donnerstag, 9. Dezember, um 18 Uhr lädt das Kollektiv zur öffentlichen Bekanntmachung der Ergebnisse der Konferenz sowie zur anschließenden Vernissage mit Kunst und musikalischer Begleitung in das Centre Français de Berlin, Müllerstrasse 74, ein.

▮ *Jugendkonferenz*



## ONLINE-BÜRGERDIALOG

**Diskussion über europäische Sozialunion**

Die Kompetenzen im Bereich der Sozialpolitik liegen nach wie vor hauptsächlich bei den Mitgliedstaaten. Doch Wirtschafts- und Währungspolitik hat auch immer eine soziale Dimension, was nicht zuletzt in der Corona-Pandemie deutlich wurde. Welche Rolle kann dabei die Europäische Säule Sozialer Rechte spielen? Ist der 750 Mrd. Euro starke Wiederaufbaufonds NextGenerationEU“ ausreichend, um die europäische Wirtschaft wieder anzukurbeln und damit auch die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu senken? Wie kann die Wirtschaft in Zukunft sozial und nachhaltig gestaltet werden? Und welche Rolle kommt der neuen deutschen Bundesregierung dabei zu?

Diese und andere Fragen sind Themen des Online-Bürgerdialogs „Brauchen wir eine Europäische Sozialunion? Die EU im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Sozialem“ der Europa-Union Deutschland am Donnerstag, 2. Dezember um 18 Uhr.

▮ *Online-Bürgerdialog*